



Stellungnahme des AStA der Musikhochschule Lübeck

Mit Bestürzung hat der AStA der Musikhochschule Lübeck die geplante Streichung des Studienganges Medizin an der Universität Lübeck zur Kenntnis genommen. Wir sichern dem AStA und den anderen studentischen Gremien der Uni Lübeck unsere Solidarität zu und unterstützen deren Proteste gegen die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung.

Da alle Studiengänge der Uni Lübeck auf Engste miteinander vernetzt sind und die Medizin das „Herzstück“ der Uni ist, laufen die Pläne der Landesregierung über kurz oder lang auf eine vollständige Abwicklung der Uni Lübeck hinaus. Hierbei stellt sich die Frage, ob ein Bundesland der „Bildungsrepublik Deutschland“ (Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel) sich erlauben kann, eine Universität zu schließen, deren Qualität durch Spitzenplätze im CHE-Hochschulranking bestätigt worden ist – und das, wo offensichtlich ist, dass Deutschland auf einen Ärztemangel zusteuert.

Wir erinnern die CDU an ihr Versprechen vor der Landtagswahl: *„Die CDU investiert deshalb in die wertvollste Ressource, die wir haben: die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft.“*

In den kommenden Jahren brauchen wir mehr Studienplätze für die steigende Zahl von Studienberechtigten.“ (Regierungsprogramm CDU 2009-1014, S.27)

Im Koalitionsvertrag heißt es weiter: *„Wissenschaft, Forschung und Hochschulbildung sind zudem wichtige Standortfaktoren: Sie sichern Arbeitsplätze. CDU und FDP werden deshalb dafür sorgen, dass die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein sich im Wettbewerb um hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und die besten Studierenden behaupten können.“*

Gerade diese Aussage erweist sich nun als bloßer Schall und Rauch, denn schon jetzt sind potentielle Studienbewerber verunsichert, ob sie sich noch auf einen Studienplatz der Uni Lübeck bewerben sollen, ganz zu schweigen von Professoren, die jetzt an der Uni Lübeck keine Zukunft mehr für sich sehen. Pläne solcher Art wurden u.a. von Dr. Jan Born bekannt, der am 15. März den mit 2,5 Mio. €

Forschungsgeldern dotierten Leibniz-Preis erhielt. Kann sich Schleswig-Holstein leisten, solche Spitzenwissenschaftler und eine angesehene medizinische Fakultät zu verlieren?

Ferner hätte eine Schließung des Medizinstudienganges gravierende Auswirkungen auf die gesamte Region in und um Lübeck, denn die Uni Lübeck ist auch mit Unternehmen aus dem Bereich der medizinischen Dienstleistungen verzahnt. Investitionen sowie Arbeitsplätze sind also akut gefährdet, ganz zu schweigen vom kulturellen Verlust, den die Abwicklung der Uni Lübeck für die Stadt und Region darstellen würde.

Wir fordern die schleswig-holsteinische Landesregierung auf: STOP mit dem Bildungskahlschlag, hin zur „Bildungsrepublik Deutschland“ mit einem lebendigen Universitätsstandort Lübeck!